



Beschluss

vom 14. Januar 2003

Nr. 2805

Postulat

Postulate Peter Dörflinger und Fredy Brunner; Neuorganisation der Verwaltung; Frage der Erheblicherklärung

Die Finanzverwaltung berichtet:

Am 19. November 2002 wurden zwei annähernd identische Postulate mit je über 50 Unterschriften eingereicht.

Der Stadtrat nimmt zur Erheblicherklärung wie folgt Stellung.

1. Es ist verständlich, dass dort, wo sich die Verwaltungsorganisationsform unmittelbar auf die Beziehungen zur Bürgerschaft auswirkt, ein grosses öffentliches Interesse besteht. Der Stadtrat ist deshalb bereit, die Postulate entgegenzunehmen und im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung seine Überlegungen zur Verwaltungsreform darzustellen.
2. Beide Postulate stellen übereinstimmend und zutreffend fest, dass die Organisation der Verwaltung nach kantonalem Recht Sache der Exekutive, d.h. des Stadtrates, ist. Deshalb erfolgten in den vergangenen Jahren die meisten Reorganisationen der Strukturen und Prozesse innerhalb der Verwaltung ohne grosses politisches Aufsehen. Lediglich bei Vorlagen mit grösseren finanziellen Auswirkungen (z.B. Informatikprojekte, neue Stellen im Budget) sowie bei notwendigen Reglementsänderungen (z.B. Schulordnung) hatte sich auch das Parlament mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen. Für weitaus die meisten Reorganisationen und Neuerungen war der Stadtrat abschliessend zuständig. So wurden im Jahre 1988 – ganz im Sinne der Postulatsanregungen, ähnlich gelagerte Themen zusammenzufassen – mit der Neustrukturierung der Verwaltungsabteilungen verschiedene Dienststellen in andere Verwaltungsabteilungen verschoben. Dabei wurden die Berufsberatung, die städtischen Bäder und das Jugendsekretariat der Schulverwaltung, die Feuerwehr und der Zivilschutz der Polizeiverwaltung zugewiesen. Ausserdem wurde das ESA aus dem Tiefbauamt herausgelöst.



Ausserdem wurden in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und privaten Vereinen für verschiedene Aufgaben neue Strukturen geschaffen. Zu erwähnen sind etwa die RWSG, die Stiftung Suchthilfe, Stiftung für Arbeit usw. Über all diese strukturellen Massnahmen und andere Schritte in der Organisationsentwicklung wurde der Grosse Gemeinderat mit der Vorlage über „Die Modernisierung der Stadtverwaltung St.Gallen“ im Sommer 2001 ausführlich orientiert. Insgesamt kann gesagt werden, dass sich die im kantonalen Recht vorgegebene Delegation der Organisationskompetenz an die Exekutive bewährt hat.

3. Bezüglich der zeitlichen Behandlung der Postulate werden sich die Vorstellungen der Postulanten allerdings nicht realisieren lassen. Beide Postulate regen an, dass eine Diskussion über die organisatorischen Massnahmen des Stadtrates noch vor der Revision der Gemeindeordnung erfolgen solle, damit „Wünsche und Anregungen in einem frühen Zeitpunkt“ eingebracht werden können. Nachdem die Revision der Gemeindeordnung schon mit den Legislaturzielen (Ziffer 11.2.4) angekündigt wurde, sind die Vorarbeiten relativ weit vorangeschritten, und es ist vorgesehen, diese Vorlage in Kürze dem Grossen Gemeinderat vorzulegen.

Der Revisionsfahrplan wird bestimmt durch das Ziel, die neue Gemeindeordnung auf Beginn der nächsten Amtsdauer in Kraft zu setzen. Die Wahlen für die Behörden der neuen Amtsdauer, welche vom Kanton voraussichtlich auf August/September 2004 festgesetzt werden, sollen nach den Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung erfolgen, weshalb diese teilweise bereits auf das Wahldatum in Kraft gesetzt werden muss. Das wiederum bedingt, dass der notwendige Bürgerschaftsentscheid über die neue Gemeindeordnung Ende 2003 oder spätestens anfangs 2004 erfolgen muss. Damit für die Beratung der Gemeindeordnung in der vorberatenden Kommission und im Parlament genügend Zeit verbleibt, will der Stadtrat seinen Entwurf noch im ersten Quartal dieses Jahres vorlegen.

Ein wichtiger Grund für eine baldige Totalrevision der Gemeindeordnung ist der Anpassungsbedarf an das in der Zwischenzeit geänderte kantonale Recht, so im Bereich des Initiativrechts, bei den Einbürgerungen und im Urnenabstimmungsgesetz, das neu auch stille Wahlen auf kommunaler Ebene möglich macht.

Aus all diesen Gründen wird eine Diskussion der Absichten des Stadtrates in Sachen Verwaltungsreform im Grossen Gemeinderat nicht vor der Veröffentlichung des stadträt-



lichen Entwurfs zur Gemeindeordnung möglich sein. Der Zusammenhang zwischen Gemeindeordnung und Verwaltungsreform ist aber nicht sehr eng. Die Gemeindeordnungs-Revision schafft überdies kein Präjudiz für eine bestimmte Verwaltungsorganisation. Gleichwohl wird der Stadtrat in Erfüllung der Aufträge der Postulate mit der Vorlage zur Revision der Gemeindeordnung auch über seine Vorstellungen zur Verwaltungsorganisation orientieren, so dass beide Themen miteinander diskutiert werden können.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat, die Postulate **erheblich** zu erklären.

Auf Antrag der Finanzverwaltung beschliesst der Stadtrat:

Der Finanzvorstand wird beauftragt, im Grossen Gemeinderat zur Frage der Erheblicherklärung in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Beilage:
2 Postulatstexte

Protokollauszug:
Finanzverwaltung (3)

